



CGFP

fonction publique

numéro 9, février 2014
paraît 4 fois par an
3^{ème} année

compact

Steuerpolitik: CGFP kritisiert einseitige Mehrbelastung der privaten Haushalte

Wer sich ein neues Auto anschaffen möchte, dem stehen gleich mehrere Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Zahlreiche Käufer entscheiden sich heutzutage für einen Konsumkredit. In dem Falle verfügen sie nicht nur recht schnell über den erforderlichen Geldbetrag, sondern können die anfallenden Zinsen auch noch von der Steuer absetzen.

Wer sein Auto stattdessen bar bezahlt, kann diesen Steuervorteil freilich nicht geltend machen. Das aber soll sich laut vorliegendem Regierungsprogramm nun ändern. Nein, nicht für Privatpersonen, sondern ausschließlich für Unternehmen!

„*Mécanisme d'intérêts notionnels*“ heißt die Zauberformel, laut CGFP eine steuerbegünstigte Maßnahme für Gesellschaften, die weder in einem der Wahlprogramme gestanden habe, noch in der breiten Öffentlichkeit diskutiert worden sei. Die jüngste Ausgabe der CGFP-Verbandszeitung „fonction publique“ spricht in diesem Zusammenhang von einer „*proposition inattendue et manifestement mal réfléchie*“, auf die am besten zu verzichten sei.

Als „skandalös und unfassbar zugleich“ wertet die CGFP in der Tat die im Regierungsprogramm vorgesehene Einführung von sogenannten „*intérêts notionnels*“. Konkret handelt es sich bei der im jüngsten CGFP-Exekutivkomitee heftig kritisierten Maßnahme um eine Initiative, die es Unternehmen erlaubt, ihren Gewinn vor Steuern zu senken, indem sie fiktive Zinsen absetzen können. Der im Regierungsprogramm angedachte „*Mécanisme d'intérêts notionnels*“ verfolgt laut CGFP somit lediglich ein einziges Ziel, und zwar die Steuerlast aller Unternehmen des Landes zu senken – eine pauschale Fördermaßnahme für Betriebe demnach, ganz nach dem Gießkannenprinzip, das – man erinnere sich – vor dem Wahltermin derart bemängelt wurde.

Die zahlreichen in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen, um die Steuerlast der Körperschaften zu senken, hatten zumindest noch einen logischen Hintergrund wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Einstellung von Erwerbslosen oder Anstrengungen in den Bereichen Forschung und Energieeffizienz. Die „*intérêts notionnels*“ hingegen erweisen sich als echte Wohltat für Unternehmen, ohne dass dafür auch nur die geringste Gegenleistung erbracht werden müsse, begründet die CGFP ihre strikt ablehnende Haltung.

Am Beispiel Belgien, dem einzigen Land, in dem diese Regelung auf Drängen der Unternehmerwelt eingeführt wurde, werde ersichtlich,



Die CGFP spricht sich unmissverständlich gegen Steuergeschenke für Unternehmen aus

wie sich eine solche Maßnahme auf die Staatsfinanzen auswirke. Seit der Einführung seien dem belgischen Staat rund 38 Milliarden Euro verlorengegangen, rechnet die CGFP unter Berufung auf jüngste Erhebungen vor.

Die CGFP-Botschaft an die politischen Entscheidungsträger fällt demnach eindeutig aus: keine Steuergeschenke für Unternehmen, zumindest nicht solange die Steuerlast der privaten Haushalte, durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die eventuelle Abschaffung von Steuerfreibeträgen etwa, steige – und das in einer Zeit, in der sich der Haushalt 2013 praktisch im Gleichgewicht befinde.

Wenn nun als erste konkrete steuerliche Maßnahme die Mehrwertsteuer angehoben werden soll (zu Lasten der Konsumenten und damit wieder einmal der privaten Haushalte), entscheidet sich die Regierung nach Darstellung der CGFP für die einfachste Lösung. Auch weist die CGFP darauf hin, dass im Bereich der direkten Steuern die Steuerlast der Unternehmen von 2001 bis 2012 um 17% gegenüber 123% (!) bei den privaten Haushalten gestiegen sei.

Erschwerend hinzu komme der Umstand, dass die Mehrwertsteuer möglicherweise noch vor Oktober 2014 angehoben werde. Und weil die Zähler zur Berechnung des Indexes aufgrund des Index-Manipulations-Gesetzes von 2012 zu dem Zeitpunkt erneut auf null gestellt werden sollen, stiegen die Preise durch eine solche TVA-Erhöhung nicht nur erheblich, sondern würden auf diese Weise die Preissteigerungen gleichzeitig auch noch indexneutralisiert. **s.h.**

<p>PERIODIQUE</p>	 LUXEMBOURG
Envois non distribuables à retourner à: L-3290 BETTEMBOURG	Port payé PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

CGFP-Exekutive zum Antrittsbesuch bei Staatsminister Xavier Bettel

CGFP strikt gegen TVA-Erhöpfung im Jahre 2014

Finanzpolitische Themen sowie die bevorstehenden Reformvorhaben im öffentlichen Dienst standen im Mittelpunkt eines ausführlichen Gedankenaustauschs, zu dem die Exekutive der Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP am Montag, dem 24. Februar 2014, im Rahmen ihres Antrittsbesuchs nach der Regierungsbildung, mit Staatsminister Xavier Bettel zusammentraf. An der Unterredung nahmen ebenfalls Vizepremier und Wirtschaftsminister Etienne Schneider, Finanzminister Pierre Gramegna sowie Beamtenminister Dan Kersch teil. Das konstruktiv und in angenehmer Atmosphäre geführte Gespräch bot der CGFP-Führung insbesondere die Gelegenheit, ihre Ansichten zu einzelnen Punkten noch einmal genau zu erläutern.

Dabei sprach sich die Gewerkschaftsdelegation einmal mehr mit aller Entschlossenheit gegen eine TVA-Erhöpfung im Jahre 2014 aus, und das aus gleich mehreren Gründen: Zunächst handle es sich bei der Mehrwertsteuer um eine alles andere als soziale Abgabe, die vor allem die Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen, die einen Großteil ihrer Bezüge in den Konsum investieren müssten, besonders hart treffe. Dann stelle sich die Frage, ob Luxemburg nach einer TVA-Erhöpfung überhaupt noch attraktiv bleibe als Standort für den elektronischen Handel. Und schließlich dürfe auch der administrative Aufwand nicht unterschätzt werden bei einer Anhebung der Mehrwertsteuer während eines laufenden Jahres.

Aufgrund der Tatsache, dass die gesamten Einnahmen aus dem elektronischen Handel nicht – wie von interessierter Seite fälschlicherweise immer wieder dargestellt – schon 2015, sondern erst 2019 wegbrechen, sprach sich die CGFP-Führung, wie eingangs erwähnt, kategorisch gegen eine Anhebung im Jahre 2014 aus, die nicht zuletzt auch noch negative Auswirkungen auf das allgemeine Konsumverhalten der Haushalte haben könnte.

Ebenso entschieden lehnte die CGFP-Spitze eine Fortführung der derzeitigen Index-Manipulation ab. Bei einer Inflation von derzeit gerade mal 1,5 Prozent gebe es nach Darstellung der CGFP nicht den geringsten Grund, an dieser ohnehin mehr



als fragwürdigen Regelung festzuhalten, hieß es. Stattdessen sprach sich die CGFP für eine Wiederherstellung des altbewährten Index-Mechanismus aus und erinnerte daran, dass es sich beim Index keinesfalls um eine Gehaltserhöhung, sondern um einen nachträglich geschuldeten teilweisen Ausgleich der Kaufkraft handle.

Einmal mehr widersetzte sich die CGFP auch der Einführung der im Regierungsprogramm angedachten „intérêts notionnels“. Bekanntlich handelt es sich dabei um eine Art fiktive Darlehenszinsen, die es Unternehmen erlauben sollen, ihren Gewinn vor Steuern zu senken – und das, ohne dass die geringste Gegenleistung erbracht werden müsse. Der sogenannte „Mécanisme d'intérêts notionnels“ verfolge laut CGFP somit lediglich ein einziges Ziel, und zwar die Steuerlast aller Unternehmen des Landes zu senken, ganz nach dem Gießkannenprinzip, das vor dem Wahltermin derart bemängelt wurde. Am Beispiel Belgien, dem einzigen Land, wo diese Maßnahme auf Druck der Unternehmerwelt eingeführt wurde, sei ersichtlich geworden, dass eine solche Regelung zu erheblichen Einnahmenverlusten geführt habe, ohne dass die damit verbundenen Erwartungen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen etwa, aber auch nur ansatzweise erfüllt worden seien, begründet die CGFP ihre strikt ablehnende

Haltung. Ganz im Gegenteil sei die Gesamtsteuerlast durch die Einführung der „intérêts notionnels“ noch mehr von den Körperschaften auf die privaten Haushalte übertragen worden. Anders als noch vor zehn Jahren, wo die Steuerlast gleichermaßen zwischen Unternehmen und Haushalten aufgeteilt gewesen sei, gingen in Luxemburg heute bereits zwei Drittel zu Lasten der natürlichen Personen.

Schließlich sprach sich die CGFP einmal mehr für eine schnelle Umsetzung der Reformvorhaben für den öffentlichen Dienst aus. Gestützt auf das nun vorliegende Gutachten des Staatsrates, gab die CGFP ihrer Forderung nach einer Vereinfachung des im Reformpaket vorgesehenen Bewertungssystems Ausdruck. Genau wie der Staatsrat hatte auch die CGFP die Objektivität der Bewertungskriterien immer wieder in Frage gestellt.

Hinsichtlich der Berechnung der Entschädigungen während der „Stage“-Zeit wiederholte die CGFP ihre Forderung nach einer zufriedenstellenden Lösung. Gegenstand des Gespräches war auch das am 15. Juli 2011 mit der Vorgängerregierung unterzeichnete Besoldungsabkommen für den öffentlichen Dienst, das – nachdem es einmal verschoben wurde – nun termingerecht in Kraft treten müsse.

s.h.

sécherFUEREN

Är nei Autosassurance, déi och an den onwahrscheinlechste Fäll fir lech do ass.



Kontaktéiert eis a profitéiert vun de spezielle Konditiounen fir CGFP Memberen.

Mir maachen lech méi sécher.
Votre sécurité nous tient à cœur.
baloise.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: +352 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Konjunktureller Frühling hebt strukturelle Stärken hervor

Im abgelaufenen Jahr 2013 erreichte das reale Wirtschaftswachstum in Luxemburg laut Statec „mindestens +2,0%“, während die Eurozone im Durchschnitt einen Rückgang von -0,4% auswies. Für das laufende Jahr dagegen soll Euroland erneut ein Minus von -0,3% erleben, Luxemburg aber einen Aufschwung von +2,7%.

Die Hoffnung, nach der Krise ein Wachstum nach Luxemburg zurückzubringen, das deutlich höher ist als bei den Nachbarn und in ganz Europa, wie dies bekanntlich in den 20 Jahren vor 2009 der Fall war, hat sich also bereits erfüllt. Somit sind die Thesen der Patronats-Lobbyisten widerlegt, die das Gegenteil als eine nachgewiesene Gewissheit hinstellten. Nun wollen sich die falschen Propheten mit der Bemerkung herausreden, die Entwicklung unserer Wirtschaft bleibe ja weiterhin deutlich schwächer als vor der Krise.

Diese Feststellung aber ist jedoch für ganz Europa gültig, und vor allem handelt es sich dabei um einen rein konjunkturellen Umstand, der nichts aussagt über die strukturelle Lage und damit über die längerfristigen Perspektiven unseres Landes.

Seit 2008 wurden in Luxemburg netto 35.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, ein Zuwachs von +10% in fünf (Krisen-) Jahren. Im gleichen Zeitraum gingen in der Eurozone mehr als 5 Millionen Jobs verloren, ein Minus von -3,5%. Nicht zu bestreiten ist demnach, dass wir besser durch die Banken- und Staatsschuldenkrise hindurchgekommen sind als unsere Nachbarn und Konkurrenten.

Vor allem aber wurden in den letzten Jahren hierzulande mit Erfolg große Anstrengungen unternommen, um unsere

Wirtschaft strukturell umzugestalten, so dass Luxemburg heute gut aufgestellt ist, um Nutzen aus der jetzt angelaufenen Erholung zu ziehen. Offensichtlich werden die neuen Ansätze vielfach noch unterschätzt, weil die entsprechenden Bereiche so schwer zu erfassen und zu beschreiben sind.

Dass aber in den letzten Jahren die großen Berater- und Auditfirmen (wie KPMG, PricewaterhouseCoopers, Deloitte, EY) hierzulande die Zahl ihrer akademisch ausgebildeten Mitarbeiter verdoppelt haben auf rund 6.000 Personen, hängt zum Teil mit dem Entstehen und Aufblühen der vielfältigen neuen Tätigkeiten zusammen: der Domizilierung von multinationalen Firmen mit ihren Holding-, Treasury- und Refinanzierungsdiensten, den alternativen Fonds und den neuen Finanzakteuren in Bereichen wie Intellectual Property, Private Equity oder Foreign Direct Investment, vielen anderen grenzüberschreitenden Tätigkeiten, etwa in diversen Sektoren der Meeres-, der Luftfahrt- und der Weltraumwirtschaft, der Forschung, des elektronischen Zahlungsverkehrs sowie der Kommunikations-, Clearing- und Datenverarbeitung.

Gleichzeitig expandieren die bereits fest etablierten Wachstumsträger ihrerseits. An Hand der Mehrwertsteuer-Erträge lässt sich beispielsweise feststellen, dass die Internet-Anbieter (e-Commerce, Gaming, Videostreaming, etc.), die sich von anderen Kontinenten kommend in Luxemburg angesiedelt haben, stetig weiterwachsen mit einer Umsatzsteigerung von weiterhin +30% im Jahr. Immerhin beschäftigen sie inzwischen mehrere Tausend Mitarbeiter.

Der Nettoinventarwert der Luxemburger Investmentfonds legte 2013 rund +10% zu,

auf das Rekordniveau von 2.615 Milliarden Euro, was dem 220-fachen unseres Staatshaushaltes und dem 55-fachen unseres PIB entspricht. Vom Jahreszuwachs von +232 Milliarden Euro kommen 39 Milliarden aus Kursgewinnen, während die Netto-Zuflüsse neuer Einlagen ihrerseits 193 Milliarden ausmachten. Im Durchschnitt fließt unserer Fondsindustrie somit alle drei Wochen einmal das Volumen unseres jährlichen Staatshaushaltes zu.

Sogar bezüglich der so häufig lamentierenden Banken vermeldet die CSSF für 2013 ein Wachstum von +6,1% bei den Gesamteinnahmen und von +9,0% beim Gewinn vor Rückstellungen, der immerhin 5,25 Milliarden Euro ausmachte. 2012 hatte es beim Gewinn vor Rückstellungen bereits einen Zuwachs von +18% gegeben, was auf der Ebene des Gewinnes nach Rückstellungen – diese Zahlen lassen sich erst später im Jahr ermitteln – schließlich ein Plus von +42,5% erbrachte.

Wenngleich die Sozialpläne der Bankenkonzerne eine traurige Realität sind, so erklären sie sich aber eher aus der Raffgier der Manager und Aktionäre als aus einer schwierigen Marktlage.

Ja, gewiss ist Luxemburgs Wachstum weniger rasant als zu Zeiten der Hochkonjunktur, vor allem bedingt durch die konjunkturelle Lage Europas, aber das Krisenlamento der Lobbyisten ist ein Lügengeschäft.

Sollte die Regierung nun dennoch in einen Spar- und Steueranhebungs-Fanatismus verfallen, dann ist sie schlecht beraten (durch „5 vir 12“?). Ihre Mehrwertsteuer-Absichten werden jedenfalls auf entschiedenem Widerstand stoßen.

F.

CGFP-Video-Nachrichten

Den Link zu unseren Video news finden Sie unter:
www.cgfp.lu/video-news.html

Sie besitzen ein Smartphone
oder ein Tablet? –
Dann schauen Sie doch
einfach mal rein.





Im Rahmen einer sympathischen Feirstunde wurde der neue CGFP-Gewerkschaftssitz an der Route de Longwy in Luxemburg-Merl am Freitag, dem 31. Januar 2014, offiziell seiner Bestimmung übergeben. In dem vom energetischen Standpunkt aus gesehen nach den neuesten Erkenntnissen gestalteten Verwaltungsgebäude haben seit geraumer Zeit sowohl das CGFP-Generalsekretariat als auch die Abteilungen für Sozialberatung, Rechtsberatung und Öffentlichkeitsarbeit ein neues Zuhause gefunden. Bestmögliche Arbeitsbedingungen in hellen und freundlich eingerichteten Büroräumen tragen zu einem angenehmen Arbeitsklima bei. Ein großflächiger Empfangsbereich ermöglicht es, die CGFP-Mitglieder in angemessener Weise vor Ort empfangen und beraten zu können.

In Anwesenheit von Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo, Beamtenminister Dan Kersch, Mitgliedern des Parlamentsausschusses der öffentlichen Funktion sowie zahlreichen Vertretern der CGFP-Fachverbände verpasste es CGFP-Generalsekretär Romain Wolff nicht, nach einleitenden Begrüßungsworten von CGFP-Nationalpräsident Emile Haag kurz auf die Reformvorhaben im öffentlichen Dienst einzugehen und trotz eines recht kritischen Gutachtens des Staatsrates auf eine unverzügliche Umsetzung zu bestehen. Aus besagtem Gutachten zitierte der CGFP-Generalsekretär gleich mehrere Punkte, bei denen die kritische Haltung der Hohen Körperschaft auf einer Linie liege mit den Bedenken, welche die CGFP-Verhandlungsdelegation bereits in den Gesprächen mit der vorigen Regierung immer wieder zum Ausdruck gebracht habe. Dies betreffe zum Beispiel u.a. den unsäglichen Bewertungsmechanismus, bei dem der Staatsrat, genau wie die CGFP, zum Schluss gelange, die Bewertungskriterien seien alles andere als objektiv. Zuvor hatte Romain Wolff die zusehends ungerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmen und privaten Haushalten angeprangert. s.h.



Fotos: Christof Weber

Staatliche Finanzdisziplin ist angesagt

Oder: Wo sie nicht sparen werden!

In diesen Zeiten der angesagten Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen gehen die amtlich bezuschussten Medien – wie immer ganz der „political correctness“ verpflichtet, als Gegenleistung für die staatliche „direkte Pressehilfe“ in Höhe von 7,2 Millionen Euro – mehr als diskret um mit der Subventionierung der politischen Parteien durch den Luxemburger Staat.

Damit zumindest unsere Leser in den Genuss der entsprechenden Informationen gelangen wie sie der Rechnungshof veröffentlicht hat, sei hier verraten, dass die Parteien im Jahre 2011 Subventionen für einen Gesamtbetrag von 2.563.860 Euro kassierten. Dabei war 2011 ja bekanntlich kein Wahljahr, so dass wir nur von der Finanzierung der laufenden Ausgaben reden. Die staatliche Rückerstattung der Wahlkampfkosten der Parteien erreichte 2009 einen zusätzlichen Betrag von 1.735.300 Euro.

Eine Aufschlüsselung der erwähnten 2.563.860 Euro zwischen allen Begünstigten des Haushaltsartikels 00.4.33.005 geht aus folgender Tabelle hervor, wobei die Angaben zwischen Klammern sich auf den Anteil der öffentlichen Subsidien an den Gesamteinnahmen der jeweiligen Partei beziehen:

CSV	851.982 € (66,11%)
LSAP	525.850 € (56,67%)
DP	440.864 € (71,88%)

Déi Greng	382.208 € (59,53%)
ADR	232.484 € (72,75%)
Déi Lenk	130.472 € (60,64%)

Die angeführten Zahlen beziehen sich nur auf die Überweisungen an die politischen Parteien als solche, ohne Berücksichtigung der Finanzierung der parlamentarischen Fraktionen durch die Abgeordnetenkammer. Die staatliche Parteienfinanzierung ist eine Errungenschaft des Jahres 2008; sie wurde mit 2,5 Millionen Euro eingeführt und schaukelt sich inzwischen hoch.

Die Finanzierung der Parlamentsfraktionen läuft über die Konten des Abgeordnetenhauses, genau wie die Entschädigung der nationalen Volksvertreter, deren Diäten schließen die staatliche Finanzierung der Parlamentsfraktionen nicht ein, die über die Konten des Abgeordnetenhauses laufen, genau wie die Entschädigung der nationalen Volksvertreter, deren Diäten bekanntlich so berechnet sind (und auch steuerlich so ausgerichtet sind), dass sie hohe Beitragszahlungen an die Parteikassen und Wahlkampffonds ermöglichen.

Somit ist die Parteienfinanzierung hierzulande alles andere als eine transparente Angelegenheit. Ob wohl die neuen Transparenz-Versprechen daran irgendetwas ändern werden?

Jedenfalls stellen die Konten des Parlamentes derzeit eine total undurchsichtige Blackbox dar: Im Budgetgesetz steht ein

Kredit in Form einer einzigen Zeile, die im Jahre 2013 auf 32.210.471 Euro lautete. Diesen Betrag lässt das Abgeordnetenhaus sich Anfang Januar integral überweisen, so dass die normalen budgetären Formalitäten des Staatsapparates unterlaufen werden und das Parlament diesbezüglich nur von sich selbst kontrolliert wird. Wie sich die parlamentarischen Kredite aufgliedern, das darf das souveräne Volk nicht erfahren. Auch der parlamentarische „Médiateur“ und die „Cour des comptes“ figurieren haushaltspolitisch in einer einzigen Zeile, für 2013 jeweils von 1.246.950 Euro und 3.993.682 Euro.

Dass der Parlamentspräsident, wie es in einem populären Song heißt, zur Krisenbewältigung den Schampus durch Crémant ersetzt hat, ist lediglich eine symbolische Geste im Rahmen der politischen Spar-Rhetorik. Wenn man nun sparen will in einem Ausmaß, das echte Schmerzen verursacht, dann sollte man bei den vielen diskutablen Ausgaben beginnen, bei den unzähligen ministeriellen Klientel-Subventionen und bei den politischen Propaganda-Ausgaben.

Aber die vielen politischen Amigos aus Mehrheit wie Opposition werden mit Sicherheit auch weiterhin bezuschusst ohne irgendeine Überprüfung ihres Ausgabengebarens. Wir können es nicht ändern, aber wir dürfen es anprangern.

H.

Claude Turmes zum Gespräch bei der CGFP und der FGFC

Europapolitische Themen standen im Mittelpunkt eines ausgedehnten Meinungsaustauschs, der am Freitag, dem 7. Februar 2014, auf Anfrage des Luxemburger Europaabgeordneten Claude Turmes mit den Führungsspitzen von CGFP und FGFC stattfand. Erinnert sei daran, dass die CGFP und die FGFC, als Gewerkschaft des Gemeindepersonals, durch einen Kooperationsvertrag eng verbunden sind.

Bedauert wurde bei dem Gespräch, dass der Begriff des Euroskeptizismus in jüngster Vergangenheit wieder an Aktualität gewonnen habe und nun oft im Zentrum der Europapolitik stehe. Es sei nun mal eine Tatsache, dass die Krise in der Eurozone das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Union und allgemein in die europäischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten verringert habe.

Auch vermisse man eine geeignete Zugmaschine, die den europäischen Zug wieder nach vorne bringe, hieß es auf Gewerkschaftsseite.



Stattdessen versuchten die größten europäischen Staaten, ihre Partikularinteressen mit allen Mitteln durchzubringen – und das auf Kosten der kleineren EU-Länder, die riskierten, auf diese Weise „gegen die Wand gedrückt zu werden.“

Auch sei es an der Zeit, dass endlich mit offenen Karten gespielt werde. Eins sei allemal

klar: Sparen und gleichzeitig die Wirtschaft ankurbeln, sei schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger verlangten zu Recht klare Antworten von den Politikern. Nur so könne die verlorengegangene Glaubwürdigkeit wieder hergestellt und dem Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung entgegengewirkt werden.

s.h.

Rekordeinnahmen des Staates machen angekündigte Steuerfolter sinnlos

Im Monat Dezember lagen die Staatseinnahmen (wie vom Statec veröffentlicht, nach der SDDS-Norm) um +225 Millionen Euro über den Einnahmen des gleichen Monats im Vorjahr, durch einen Anstieg von 1.270 Millionen Euro auf 1.495 Millionen. Für das Gesamtjahr 2013 erreichten die Einnahmen dadurch 13.492 Millionen Euro gegenüber 12.197 Millionen im Jahre 2012, was einem Zuwachs um +1.295 Millionen oder +10,6% entspricht.

Schon in den Vorjahren hatte es immer lauter in der Staatskasse geklingelt. In nur vier Jahren nahmen die Einnahmen nämlich um +3.497 Millionen Euro oder um volle +35% zu, weil es viermal hintereinander Rekordergebnisse gab:

2010	10.683 Mio €	(+688, +6,9%)
2011	11.637 Mio €	(+953, +8,9%)
2012	12.197 Mio €	(+560, +4,8%)
2013	13.492 Mio €	(+1.295, +10,6%)

Diese Entwicklung, die voll und ganz unseren Erwartungen entspricht, beweist, wie „konjunktursensibel“ die Staatsfinanzen sind. Dies wiederholt die CGFP seit Jahren, doch die gesamte politische Klasse (jeder Couleur) will dies nicht zur Kenntnis nehmen, ungeachtet der Faktenlage.

Diese Empfindlichkeit der Staatskonten für die jeweilige Wirtschaftslage beruht auf zwei Gründen. Erstens bewirkt jede Verlangsamung der Konjunktur, dass verschiedene Steuerquellen sogleich weniger gut sprudeln,

und zweitens wachsen gleichzeitig manche Staatsausgaben, etwa im Sozialbereich, schneller. Genauso aber bewirkt auch jede wirtschaftliche Erholung erfahrungsgemäß immer eine überdurchschnittliche Verbesserung der Staatsfinanzen, vor allem der Steuereinnahmen, ohne dass deswegen an den Stellschrauben der jeweiligen Steuersätze und -tarife gedreht werden müsste.

Zudem haben wir in den letzten Jahren den Finanzpessimisten immer wieder entgegengehalten, dass die plötzliche Verschlechterung der Haushaltskonten auch eine logische Konsequenz der beschlossenen „antizyklischen“ Politik war, also der Entscheidung, die Krise abzufedern durch solide Sozialleistungen für alle Krisenopfer und durch weiterhin hohe öffentliche Investitionen. Diese Politik war und bleibt richtig; unbestreitbar hat sie dem Land geholfen, relativ unbeschadet durch die Finanzkrise zu kommen.

Und wir haben immer wieder betont, dass das Ende der Krise mit Sicherheit schnell eine solide Erholung des staatlichen Einkommens bewirken würde, weil in unserem Land die strukturelle Solidität der meisten Wirtschaftszweige erhalten blieb. Nun jedoch belegen die Zahlen der letzten Jahre und besonders der letzten Monate eindeutig, dass die graduelle Verbesserung der Steuereinnahmen zur Realität geworden ist, und dies bereits bevor das Wirtschaftswachstum sich konsolidieren konnte.

Somit verlangt der gesunde Menschenverstand, dass man nicht heute, auf Grund der Zahlen von gestern und vorgestern, überstürzt eine massive Erhöhung der Steuersätze vornehmen soll. In Sachen Steuerpolitik ist demnach jetzt nichts dringender als abzuwarten.

Es gilt, in 6 Monaten oder in 18 Monaten festzustellen, wie sich die konkrete Lage dann darstellt. Bisher durfte man glauben, die Entwicklung sei recht unklar, nun aber ist sie offensichtlich auf einem Kurs, der sehr solide Zweifel am eingeschlagenen Regierungskurs begründet.

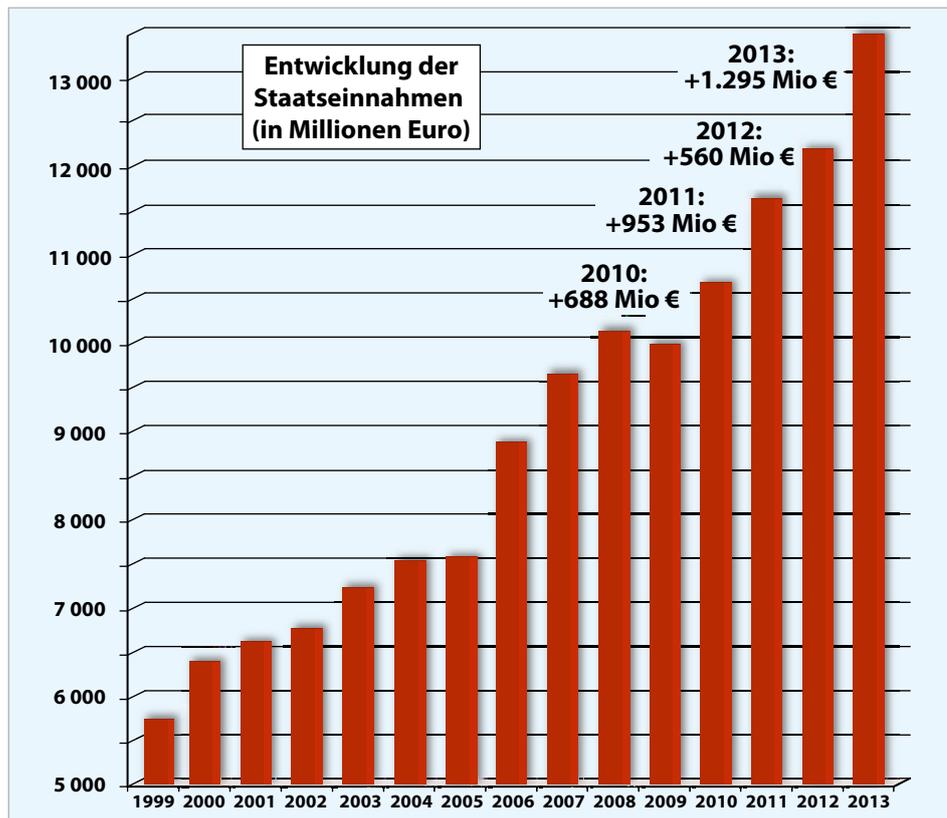
Alle drei Parteien der heutigen Regierungskoalition haben vor den Wahlen unzweideutig betont, eine Erhöhung des höchsten Mehrwertsteuer-Satzes sei für sie nur in letzter Instanz und als ultimes Rettungsmittel denkbar. Wenn ihre Verantwortlichen nun aber, sogleich nach den Wahlen, die entsprechende Maßnahme als allerersten Schritt unternehmen, dann ist dies eindeutig ein dreifacher Bruch der Wahlversprechen, der nicht durch eine neue Entwicklung gerechtfertigt würde.

Ganz im Gegenteil: Die jüngsten Konten belegen unzweideutig eine Verbesserung der Lage und zeigen daher in die entgegengesetzte Richtung. Die Staatsfinanzen rechtfertigen heute keine massiven Steuererhöhungen. Wer mit 35% an Mehreinnahmen in nur 4 Jahren nicht klarkommt, der hat kein Recht, den Bürgern über Steuererhöhungen in die Taschen zu greifen. Plus 3,5 Milliarden sind plus 3,5 Milliarden.

Düstere Auguren haben uns mehrfach Ausfälle in Milliardenhöhe angekündigt, die nie eintrafen. Nun weigern sich die gleichen Leute, die jüngsten Zahlen zur Kenntnis zu nehmen.

Bevor man eine sinnvolle Therapie anwenden kann, muss erst eine korrekte Diagnose erstellt sein. In ihrer nächsten Nummer wird „fonction publique“ in aller Ausführlichkeit darlegen, dass die Theorien über die angeblich verheerenden Auswirkungen, welche die Änderungen bei der Mehrwertsteuer (TVA) auf den elektronischen Diensten und Lieferungen 2015 bringen sollen, einen ziemlichen Unsinn darstellen, obschon sie weiterhin von Politikern der unterschiedlichsten, ideologischen Blutgruppen kolportiert werden.

Weil hingegen im Jahre 2019 tatsächlich ein enormes Problem auf die Staatseinnahmen zukommt, auf das noch niemand aufmerksam gemacht hat, muss der Staat noch bis dahin sein steuerpolitisches Pulver trocken halten. Vor allem auch aus dieser Perspektive gesehen ist die angekündigte massive MWST-Erhöpfung regelrecht verantwortungslos. Doch davon mehr in einem Monat.



Les obligations de l'agent public lorsqu'il tombe malade

La CGFP est régulièrement saisie de questions récurrentes de la part de ses membres sur les dispositions à respecter en vue de l'obtention d'un «congé pour raisons de santé». A l'instar des salariés du secteur privé, un certain nombre de démarches incombent à l'agent public (fonctionnaire, employé ou ouvrier) lorsqu'il est incapable de travailler temporairement pour cause de maladie ou d'accident. Sur certains points, ces démarches varient sensiblement entre les secteurs public et privé, créant une certaine confusion auprès des personnes concernées.

Modalités de déclaration de l'incapacité de travail

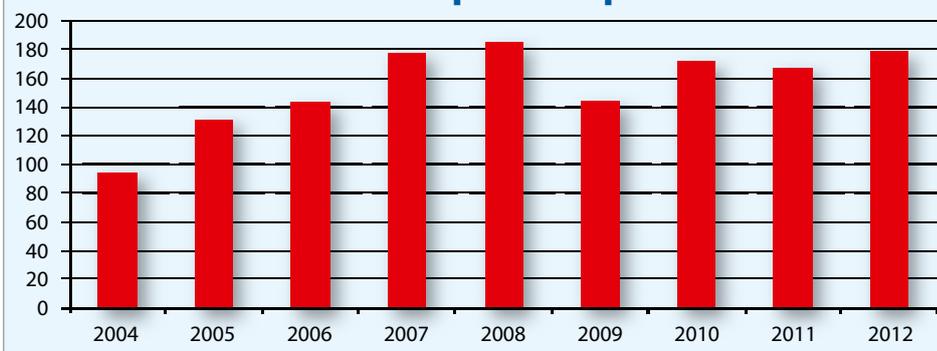
L'agent sollicite un congé pour raisons de santé en informant «d'urgence son supérieur hiérarchique» qu'il est incapable d'exercer ses fonctions. Il peut effectuer cette information personnellement ou par l'intermédiaire d'une tierce personne (p.ex. son conjoint, un membre de la famille, etc.). L'information peut prendre différentes formes, alors qu'elle peut se faire aussi bien oralement (p.ex. par téléphone) que par écrit (p.ex. par fax, par courrier électronique voire par sms). Ce congé est alors accordé sans production d'un certificat médical pour une période de 3 jours de service consécutifs au plus (dans le secteur privé par contre, le certificat doit être entre les mains de l'employeur le 3^{ème} jour d'absence au plus tard).

Pour toute incapacité de travail dépassant 3 jours de service consécutifs, l'agent public doit présenter un certificat médical mentionnant la durée de l'incapacité de travail, le lieu du traitement (domicile ou hôpital) et, le cas échéant, les heures de sortie. Le certificat médical doit parvenir au chef d'administration (ou à son délégué) au plus tard 2 jours après sa délivrance.

Exemple: un agent public en incapacité de travail le mardi doit en informer son supérieur hiérarchique le jour même le plus tôt possible. Le vendredi d'après, le concerné doit signaler à son supérieur hiérarchique que son état de santé l'empêche toujours d'exercer ses fonctions. Le même jour, l'agent doit consulter le médecin qui établit un certificat médical. Celui-ci doit se trouver entre les mains du chef de l'administration au plus tard jusqu'au prochain jour ouvrable, c.-à-d. le lundi de la semaine suivante.

Le premier certificat d'incapacité de travail établi par le médecin ne doit pas dépasser la durée de 5 jours, à moins que soit la nature de la maladie, soit une hospitalisation de l'agent public ne nécessitent la prescription d'une durée plus longue.

Nombre total des examens de contrôle dans le secteur public depuis 2004



En cas de prolongation de l'incapacité de travail au-delà d'une durée de 5 jours, une nouvelle consultation du médecin est de rigueur.

Absence d'obligations vis-à-vis de la caisse de maladie

Contrairement au salarié du secteur privé, l'agent public, peu importe la durée de son incapacité de travail, n'est à aucun moment obligé d'adresser le premier volet voire une copie de son certificat médical à la caisse de maladie compétente, en l'occurrence la Caisse de maladie des fonctionnaires et employés publics (CMFEP).

Il existe pour le reste plusieurs similitudes entre les secteurs privé et public quant au contrôle administratif et quant au contre-examen médical:

- nous avons connaissance de différents cas où un chef d'administration exigeait de l'agent public que ce dernier justifie son absence de 1, 2 ou 3 jour(s) en lui versant un certificat médical. Dans le secteur privé, de telles pratiques peuvent être expressément prévues dans les conventions collectives voire dans les contrats de travail. Il importe de souligner qu'il n'existe aucune base légale autorisant de telles demandes dans le secteur public. Les honoraires médicaux pour se faire délivrer un certificat dès le premier jour de maladie sont à charge de l'assurance maladie et font dès lors grossir les frais pour soins de santé;
- le chef d'administration (ou son délégué) peuvent faire procéder à une visite au domicile de l'agent malade par un fonctionnaire de l'administration, même si le congé pour raisons de santé n'a pas encore dépassé 3 jours. Ce contrôle consiste dans une visite au domicile ou au lieu de séjour de la personne portée incapable de travailler et ne disposant pas d'une autorisation de sortie;
- sur demande du chef de l'administration (ou de son délégué), un médecin de contrôle

du secteur public effectue un contrôle de l'incapacité de travail, même si le congé de maladie ne dépasse pas 3 jours. En principe, l'agent public ne peut pas refuser de se soumettre à un tel «contre-examen médical».

L'agent mis en congé pour raisons de santé ne peut s'absenter de son domicile ou du lieu où il se trouve en traitement que pendant les heures de sortie autorisées par le médecin traitant, à moins que la sortie ne soit rendue nécessaire par une consultation médicale, un traitement médical ou un traitement hospitalier. Comme l'amplitude et les plages horaires des sorties autorisées pour les salariés du secteur privé ne valent aucunement pour le secteur public, il est vivement recommandé aux agents publics de faire mentionner par leur médecin les plages horaires pour les sorties non médicalement contre-indiquées directement sur le certificat médical.

Non-rétroactivité des certificats médicaux

Le Collège médical (l'équivalent luxembourgeois de la «Ärztammer» en Allemagne) est censé surveiller l'exercice des professions de médecin. En date du 22 janvier 2014, le Collège a déploré dans une note de réflexions portant sur la rétroactivité des certificats médicaux d'incapacité de travail «qu'il existe des dispositions statutaires et réglementaires soumettant indubitablement le médecin à une pression abusive tant du patient que des organismes de la sécurité sociale, des employeurs (...)».

La rétroactivité d'un tel certificat de 2 jours est expressément prévue par les statuts de la CNS. Il importe pourtant de relever dans le contexte de la fonction publique que le certificat médical attestant l'incapacité d'un agent public prend cours à partir du jour de sa délivrance ou, le cas échéant, le lendemain. En d'autres termes, pour un assuré de la CMFEP, un médecin ne peut attester que cette personne ait été incapable de travailler rétroactivement.

Claude Geimer



Meet the Makers

Solidarische Kulturreise durch Nicaragua



Dank einer Zusammenarbeit mit Fairtrade Lëtzebuerg bietet die CGFP-eigene Reiseagentur Lux Voyages vom 15. August bis 3. September 2014 ein ganz besonderes Reiseerlebnis an. Neben den beeindruckenden Landschaften, ehemaligen Kolonialstädten und einer exotischen Tierwelt können die Teilnehmer auf dieser 20-tägigen Kulturreise aus nächster Nähe den Produktionsweg von Kaffee und Kakao in der nicaraguanischen Fairtrade-Kooperative Soppexcca in der Region Jinotega entdecken. Ziel des Projektes ist das Schaffen einer alternativen Einnahmequelle für die Produzenten in der Kooperative.

Um die Ausarbeitung und Durchführung des solidarischen Tourismus-Programmes „Meet the Makers“ kümmern sich zwei junge Freiwillige – im Rahmen des „Service Volontaire de Coopération“, der aus der guten Zusammenarbeit zwischen Fairtrade Lëtzebuerg und dem Service National de la Jeunesse entstand.

Nora Werer lebte acht Monate in Nicaragua, um das Programm auszuarbeiten und die erste Reise, die schon letztes Jahr stattfand, zu planen und zu organisieren. Des Weiteren bemühte sie sich um die Ausweitung der Aktivitäten sowie die nationale und internationale Bekanntmachung des Projektes. Abgelöst wurde sie nun von David De Bondt: Er reiste Anfang Februar nach Nicaragua und wird bei Soppexcca den alternativen Tourismus weiterhin fördern und versuchen, Reisepackages bei lokalen Anbietern unterzubringen. Er wird auch die bevorstehende Reise im August vorbereiten und begleiten.

Aus erster Hand können beide also berichten, was Sie, liebe Leser, auf dieser Reise erwarten wird. Rückblickend auf „Meet the Makers“ 2013, welche die Touristen neben Nicaragua auch nach Costa Rica führte, beschreibt Nora Werer den Besuch bei den Produzenten als klares Highlight der Reise. Drei Tage lang besuchte die 18-köpfige Reisegesellschaft die Fairtrade-Kooperative in Nicaragua. Sechs Teilnehmer der Reisegruppe verbrachten sogar eine Nacht bei dem Produzenten Antonio und konnten so hautnah erfahren, wie die Einheimischen leben, ihnen beim kochen helfen und abends gemütlich zusammensitzen und ihren Geschichten lauschen.

Auf dem Programm der 20-tägigen Reise stehen dieses Jahr vier Übernachtungen in Jinotega. Unter anderem werden Sie Kaffee-fincas besuchen und in einer Schokoladenfabrik den Weg von der Kaffeebohne bis zur fertigen Schokolade verfolgen können. Sie werden sogar aktiv mitarbeiten, bei der Ernte der Kakaobohnen beispielsweise oder in einer Frauenkooperative, in der schwarze Keramik hergestellt wird.

Costa Rica steht dieses Jahr nicht auf dem Reiseplan, dafür begeben Sie sich jedoch an die wunderschöne Karibikküste und besichtigen die historischen Kolonialstädte Granada

und León, wo sie unter anderem die unter UNESCO-Weltkulturerbe stehende Kathedrale erkunden können. Des Weiteren besuchen Sie Organisationen, die sich innovativ für den Umweltschutz und soziale Projekte einsetzen.

In Orinoco, einem kleinen Dorf an der Karibikküste, erleben Sie die Kultur der Garifuna, einer Volksgruppe, die aus einer Verschmelzung von Sklaven westafrikanischer Herkunft mit Kariben hervorging. Ihre afrikanischen Wurzeln spiegeln sich immer noch in religiösen Gebräuchen und Überlieferungen sowie in ihrer Musik und haben sich zusammen mit karibischen Traditionen zu einer ganz eigenen Kultur entwickelt. Sprache, Tanz und Musik der Garifuna wurden von der UNESCO 2001 als ein Meisterwerk des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit anerkannt und 2008 in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen.

Wer befürchten sollte, dass diese Reise zu anstrengend für ihn sein wird, den kann David De Bondt beruhigen. Etwas Abenteuer sei schon dabei, aber die körperlichen Anstrengungen würden auf die jeweilige Verfassung der Teilnehmer angepasst. So werde die Reisegemeinschaft bei der Besteigung eines Vulkans beispielsweise in zwei Gruppen aufgeteilt, so dass jeder auf seine Kosten komme. Man sollte sich darauf einstellen, in eine neue Kultur einzutauchen und die gänzlich andere Lebensweise der nicaraguanischen Bevölkerung kennenzulernen, trotzdem müsse man auf der Reise nicht auf jeglichen Luxus verzichten. Für gute Hotels und gutes Essen sei vorgesorgt. „Nur bei dem Besuch in der Kooperative wird es rustikaler, aber das gefiel den Teilnehmern letztes Jahr sogar am Besten an der ganzen Reise.“ **p.r.**

Reisepreis:

- ab 3.250 € / Person im DZ, inklusive
- Linienflug (eco) von Luxemburg nach Managua und zurück
- Inlandsflüge laut Programm
- 19 Übernachtungen in Hotels und Lodges
- Transfers/Ausflüge in landestypischem komfortablen Reisebus
- Besichtigungen und Mahlzeit laut Programm
- Bootsfahrt
- Qualifizierte Reiseleitung
- Luxemburgische Reiseleitung durch einen Mitarbeiter von Fairtrade Lëtzebuerg

Informationen und Buchungen:

Lux Voyages s.à r.l.
25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 • Fax: 24 15 24
luxvoyages@cgfp.lu



Reiseinformationen

Amtssprache:

- Spanisch

Währung:

- Córdoba Oro (US-Dollar werden akzeptiert)

Klima:

- Die Regenzeit dauert von Mai bis November. Meist setzt der Regen gegen Abend ein und endet irgendwann nachts. Während der „Regenzeit“ gibt es in der Regel im August eine Phase relativer Trockenheit.

Einreisebestimmungen:

- Reisepass (muss sechs Monate über die Einreise hinaus gültig sein)
- Kinder benötigen ein eigenes Ausweisedokument

Zollvorschriften:

- Die Einfuhr von frischen Lebensmitteln ist nicht gestattet

Medizinische Hinweise:

- Keine Pflichtimpfung vorgesehen, als Reiseimpfung wird Hepatitis A empfohlen
- Aufgrund der mückengebundenen Infektionsrisiken wird allen Reisenden empfohlen:
 - körperbedeckende Kleidung zu tragen (lange Hosen, lange Hemden)
 - tagsüber (Dengue) sowie in den Abendstunden und nachts (Malaria) Insektenschutzmittel, sog. Repellents, auf alle freien Körperstellen aufzutragen
 - ggf. unter einem Moskitonetz schlafen
- Durchfallerkrankungen bei Reisenden sind häufig, jedoch leicht zu vermeiden, indem sie ausschließlich Wasser sicheren Ursprungs trinken und zum Zähneputzen verwenden.



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

 BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu

